



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

E/XW//169 - 29. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Friedenskonferenz bleibt erwägenswert!

71

Von Günter Markecheffel

3

Unbekanntes De.enti

46

San Francisco und die Pressestelle des Herrn Strauß

4 - 5

Wolken über Nordafrika

74

Breite Front gegen Frankreich?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6

Wählen kann jeder!

39

Briefwahl gar nicht kompliziert

*

*

*

Friedenskonferenz bleibt erwägenswert!

Von Günter Markscheffel

Als Willy Brandt vor etwa 14 Tagen zum ersten Male sagte, der Gedanke einer Friedenskonferenz, an der die 52 früheren Kriegsgegner Deutschlands teilnehmen sollten, sei "erwägenswert", gab es bei der zur Zeit noch amtierenden Regierung und der CDU/CSU ein hässlich-weinerliches Gegreine. Der Herr Bundeskanzler höchst persönlich stürzte sich in Unkosten - durchaus nicht etwa in geistige Unkosten! - und meinte, man könne doch den Deutschen nicht zumuten, auf einer solchen Konferenz als Angeklagte zu erscheinen.

Warum der greise Kanzler auf den Gedanken gekommen sein mag, Deutschland müsse "Angeklagter" sein, wenn auf einer Friedenskonferenz über das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes diskutiert wird, ist unerfindlich. Bisher haben wir immer gehört, gerade unsere Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes sei die moralisch und politisch überzeugendste Karte Deutschlands in der grossen internationalen Auseinandersetzung über das Deutschlandproblem.

Es ist jedoch müssig, Adenauers Gründen für die Ablehnung einer Friedenskonferenz nachzugehen, zumal man bei diesem Mann nie weiss, was er in Wirklichkeit denkt. Er selbst sagte gelegentlich, man müsse gerissen sein, wobei er wohl im Stillen gedacht haben mag, ... um andere reinlegen zu können.

Zur Sache: Die Idee einer Friedenskonferenz der ehemaligen kriegführenden Staaten, von Willy Brandt als erstem deutschen Politiker öffentlich als erwägenswert bezeichnet, ist inzwischen Gegenstand diplomatischer Verhandlungen geworden. Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir sagen, dass Kennedys Sonderbeauftragter für Abrüstungsfragen, McCloy, bereits mit Chruschtschow darüber gesprochen hat. Auch in der grossen Kennedy-Rede ist indirekt auf die Möglichkeit einer Friedenskonferenz hingewiesen worden. Wir wissen ferner, dass bei den zurzeit in Paris stattfindenden Besprechungen über die Vorbereitungen einer westlichen Friedensoffensive dieses Thema ebenfalls eine Rolle spielt.

Und in der Bundesrepublik selbst? Bei der Wahlkampfleitung der CDU/CSU macht man lange Gesichter, weil jetzt deutlich ist, dass der Kanzlerkandidat der SPD der internationalen Wirklichkeit näher steht

als der Bundeskanzler. Deshalb haben einsichtige CDU-Politiker dem Bundeskanzler dringend geraten, sein Gerede gegen eine Friedenskonferenz abzustoppen. Ob er diesen Rat befolgt, ist nicht sicher.

Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit - warum eigentlich fast unbemerkt?! - ist dem Bundeskanzler eine Lektion erteilt worden.

4000 Studenten der Universität Heidelberg richteten mit Zustimmung des Universitätsrektors an die Bundesregierung die Forderung, sie möge sich für die Einberufung einer Friedenskonferenz mit allen früheren Kriegsgegnern Deutschlands in Berlin einsetzen und in der Deutschlandfrage endlich aktiv werden. - Das Saarbrücker Studentenparlament hat mit der Stimmen seiner christlich-demokratischen Mitglieder diese Forderung der Heidelberger Studenten ausdrücklich unterstützt.

Es will uns scheinen, dass die Studenten von Heidelberg und Saarbrücken mehr Sinn für die politischen Realitäten der Gegenwart haben, als der Bundeskanzler und sein ihm zur Verfügung stehender riesiger Regierungs- und Parteiapparat. In Heidelberg und Saarbrücken hat man nämlich gesagt, eine solche Friedenskonferenz sei keineswegs eine "Gefahr für Deutschland", weil die Mehrheit der früheren Kriegsgegner inzwischen wissen, wer dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigert, sowie die Teilung Deutschlands und Europas für lange Zeit legalisieren will. Es wurde bei den Studenten auch darauf hingewiesen, eine sogar problematisch scheinende Friedenskonferenz sei besser als der Status quo mit allen seinen Gefahren des immer grösser werdenden Wettrüstens. Ausserdem: Auf einer solchen Friedenskonferenz könnte vor aller Welt rücksichtslos den Sowjets und ihren Satelliten gesagt werden, dass sie es sind, die, entgegen jedem internationalen Recht, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigern und dadurch die friedliche Beilegung eines grossen Teiles der Schwierigkeiten in Europa unmöglich machen.

Wir haben keine Illusionen und sind nicht so weltfremd, etwa zu glauben, dass allein durch die Einberufung einer Friedenskonferenz alle uns, Europa und die ganze Welt bedrängenden Probleme auf Anhieb gelöst werden könnten. Wir sind jedoch ehrlich der Überzeugung, dass es Aufgabe der deutschen Politik ist, immer wieder Anlauf zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes zu nehmen, da es dieser Gegensatz ist, der unsere nationalen Probleme und die Probleme der grösseren europäischen Gemeinschaft unlösbar erscheinen lässt.

Ungekanntes Dementi

sp - "Da Ausmaß und Zielrichtung der sowjetischen Bedrohung bekannt sind, erübrigen sich ständig neue Erkundigungen des sowjetischen Willens". In diese knappe Formel hat die Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums - in der sich die dort auf Kosten der Steuerzahler beschäftigten Offiziere der Bundeswehr erstaunlicherweise immer weniger um militärische, dafür aber ursomehr um außenpolitische Fragen kümmern! - jene Passage der San Francisco-Rede des Herrn Strauß komprimiert, die in zunehmendem Maße der harten Kritik nicht nur der westdeutschen Öffentlichkeit unterliegt.

Die Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums bestätigt also, daß Herr Strauß, der sich als Bundesverteidigungsminister in den USA aufhält und daher als offizieller Regierungssprecher auftritt, in seiner Rede jede "neue Erkundigung des sowjetischen Willens" entschieden und nachdrücklich abgelehnt und sich damit eindeutig und unleugbar in direktem Widerspruch und Gegensatz zu der These und Forderung des US-Präsidenten Kennedy gesetzt hat, durch besonnenes Sondieren auf formellen oder informellen Zusammenkünften nach dem Frieden zu streben. So bleibt es also - trotz der ungekonnten Dementierversuche der Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums - dabei, daß Strauß nicht in einem "konstruierten", sondern sich in einem von ihm selbst geschaffenen und mehrfach dokumentierten hochpolitischen Gegensatz zu Kennedy befindet.

Wie wacklig die Pressegehilfen des Herrn Strauß auf ihren strapazierten Dementierbeinen stehen, wird schließlich auch noch durch die Tatsache bestätigt, daß sie an dem anderen, mindestens ebenso harten Vorwurf, der gegen die Strauß-Rede erhoben wird, stillschweigend vorbeizuhuschen versuchen. Herr Strauß hatte nämlich in San Francisco die Westmächte in unverhüllter Deutlichkeit davor gewarnt, "zum zweiten Male den Abfall vom Selbstbestimmungsrecht zu begehen und die offene Freigabe des Selbstbestimmungsrechtes zuzugestehen". Die zweifellos höchst erstaunliche Skepsis, die aus dieser Passage der Rede des Bundesverteidigungsministers gegenüber der Standfestigkeit der Westmächte in der deutschen Frage spricht, ist umso unerhörter, als dem Bonner Minister der Text der Rede Kennedys zweifellos bereits vorgelegen hatte, als er im "Bohemian Club" vor US-Wirtschaftskapitänen sprach. Und auch dann, wenn Herr Strauß kaum glaublicherweise den Inhalt der Kennedy-Rede nicht gekannt haben sollte, bleibt doch die Frage genauso offen, was ihn berechtigt und bewogen haben sollte, seine Gastgeber und die übrigen NATO-Partner mit solcher Skepsis zu beleidigen.

Mit allgemeinen Redensarten kommt Herr Strauß jetzt um seinen Sündenfall in San Francisco nicht mehr herum. Seine eigene Pressestelle hat ihm den Weg zurück gründlich verbaut. Sie und ihr Chef sollten doch endlich ihre außenpolitischen Eskapaden unterlassen. Die Aufgabe, die der Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland in seinem Fachressort gerade jetzt zu leisten hat, erfordert den ganzen Mann und das ganze Amt. Für die Beschäftigung mit privaten Hobbies ist keine Zeit mehr.

+ + +

Wolken über Nordafrika

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mit einem Schlag scheint der seit einigen Jahren in Nordafrika eingeschlagene Kurs Frankreichs in Frage gestellt zu sein. Die Schlacht um Biserta weckt in Tunis und Algier, aber auch in Rabat und Paris extreme Tendenzen, die zu Gewaltlösungen drängen. Die von de Gaulle propagierte schrittweise Entkolonisierung ist gefährdet. Bisher hoffte man, die FLN für eine "burgibistische", friedliche und reformistische Lösung in Algerien zu gewinnen, jetzt befürchtet man, daß Burgiba und der Burgibismus sich in Tunesien noch radikaler gebärden, als die FLN.

Zwischen Biserta und Lugrin

Die erstmalige und teilweise Verständigung zwischen den Delegierten Frankreichs und der FLN in Lugrin über die Verhandlungsmethode und eine Art Tagesordnung ist bereits überholt. Sie täuschte nicht über die schwarze Wolkenwand hinweg, die in diesen Tagen über ganz Nordafrika aufsteigt. Die militärischen Operationen um Biserta wurden zwar unterbrochen, es werden aber von beiden Seiten Vorbereitungen getroffen, den bewaffneten Kampf fortzusetzen und auf das ganze Maghreb auszudehnen.

Wenn es in Tunesien nicht in kurzer Frist zu einer Vernunftlösung kommt, werden auch die Friedensbemühungen in Algerien in Neuer und Rauch aufgehen. Die FLN wird dann nur ein Frontabschnitt in einer breiteren nordafrikanischen und überhaupt afrikanischen Aufstandsbewegung sein!

Es scheint, als wollte man die Völker Tunesiens und vielleicht auch Marokkos zwingen, sich auf die Wege der algerischen Aufständischen zu begeben. Wie soll man es sonst verstehen, daß mit der illegalen Untergrundbewegung der FLN nach siebenjährigem Krieg verhandelt wird - obwohl die Feindseligkeiten fort dauern -, während man den bisher so gemäßigten Burgiba, den Präsidenten eines bereits anerkannten legalen Staates, vor den Kopf schlägt?

Die UNO-Intervention

Die Brüstung des UNO-Generalsekretärs durch Paris dürfte das Eingreifen der Vereinten Nationen nicht stoppen, sondern eher beschleunigen. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates werden von Frankreich so weit als möglich ignoriert. Die Feuereinstellung der französischen Streitkräfte erfolgte in Biserta nicht auf Grund der Weisung des Sicherheitsrates, sondern - wie man in Paris betont - schon vorher aus eigenem Ermessen, nämlich in der Erwägung, daß die militärische Sicherung des Flottenstützpunktes durch Besetzung eines Teiles der Stadt Biserta erreicht ist.

Die weitere Forderung des Sicherheitsrates, die Truppen auf ihre Ausgangspositionen zurückzuführen, wird von Frankreichs Regierung ignoriert. Hammarskjöld wird von französischer Seite eine Abfuhr erteilt, die in Moskau helle Freude hervorgerufen haben dürfte. Es scheint somit unvermeidlich zu sein, daß sich der Mechanismus der Vereinten Nationen in Bewegung setzt, von der Einberufung der Vollversammlung bis zu einer Landung von UNO-Truppen in Tunesien, zwecks Verhinderung blutiger Schlachten zwischen Franzosen und Tunesiern und schließlicher Hinausdrängung oder Neutralisierung der französischen Streitkräfte auf tunesischem Boden. Welche Folgen wird das für die französische Innenpolitik nach sich ziehen?

Prestigepolitik oder kurze Sicht?

Man wundert sich, daß die Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung in Paris nicht vorhergesehen wird, daß man es überhaupt auf eine Schlacht um Biserta ankommen ließ und nicht schon längst mit Burgiba verhandelt hat, als noch Zeit war, z.B. als der tunesische Präsident im Februar d.J. in Paris bei de Gaulle zu Besuch war!

Es wurden Vergleiche zwischen dem letzten französischen Bauernaufstand und dem tunesischen Volksaufstand gezogen. In beiden Fällen wurden Forderungen, die selbst von der französischen Regierung als theoretisch berechtigt anerkannt werden, praktisch ignoriert. Man stellt sich einfach taub, bis die Geduld - der Bretonen oder Tunesier - reißt. Man zwingt die Unzufriedenen sozusagen zur Anwendung der letzten Mittel: Straßensperren, Demonstrationen, Generalstreik.

Dann erklärt man: Unter dem Druck der Straße wird nicht verhandelt, das Messer muß in der Garderobe abgelegt werden. Wenn der Druck aber noch größer wird, wenn die Arbeitergewerkschaften sich hinter die Bauern stellen, oder wenn die Vereinten Nationen Nordafrika unterstützen, ist man letzten Endes doch gezwungen, Verhandlungen einzuleiten, aber unter weitaus ungünstigeren Bedingungen. So muß man der FLN heute Zugeständnisse machen, an die sie vor fünf Jahren noch nicht einmal gedacht hat. Durch rechtzeitige Verhandlungen mit Burgiba hätte man ein französisch-nordafrikanisches Commonwealth verwirklichen können. Heute läuft man Gefahr, nicht nur einen militärischen Stützpunkt zu verlieren, sondern auch die moralische und menschliche Basis in diesen Ländern, was für die weiteren Beziehungen zwischen den Völkern Europas und Nordafrikas schwerwiegender ist und zu einer ernstesten Kräfteverschiebung in Ringen zwischen Osten und Westen führen kann.

+ +

+

Wählen kann jeder !

Briefwahl nennt man das, und die Post besorgt die Wahlstimme richtig zur Urne, so dass sie mitgezählt wird, wenn über das Schicksal der deutschen Politik am 17. September entschieden wird. Jeder sollte diese Möglichkeit nutzen, der verhindert ist, selbst in sein Wahllokal zu gehen.

"Nachtschicht! Morgens komm' ich todmüde nach Hause. Dann noch vor dem Wahllokal anstellen? Is nich! Ich kann nicht wählen!" - Doch! Auch dieser Arbeiter kann seine Stimme abgeben und dafür sorgen, dass seine Ansichten und Wünsche beachtet werden.

"Aber ich nicht! Ich muss um 5 Uhr an der Lok sein, ich muss fahren, komme erst abends spät zurück. Ich kann nicht zur Wahl gehen! - Doch! Auch er kann seinen Brief mit dem Stimmzettel rechtzeitig eingesteckt haben, und seine Stimme wird mitgezählt.

"Ich würde natürlich hingehen, meine Frau auch und die beiden erwachsenen Kinder mit. Wir haben immer gewählt. Aber dieses Jahr kann ich erst im September Urlaub machen, früher geht es nicht, und ich muss weg, meine Frau auch. Da geht es nicht, wir sind nicht zu Hause". - Doch! Es geht auch hier! Er muss sich nur einen Wahlschein besorgen und für seine Frau und die Kinder auch, dann geht es und dann besorgt die Post den Brief mit dem dunkelroten Umschlag (den gibt es dabei) richtig zur Urne.

"Ja, wir gehen zur Wahl, aber mein Mann kann nicht, der ist im Ausland (auf Montage, als Vertreter) und muss wohl verzichten". - Nein, er braucht nicht zu verzichten, auch er kann wählen, durch Briefwahl.

Wählen kann jeder ! Er muss sich nur rechtzeitig einen Wahlschein und die anderen Unterlagen dazu besorgen. Vom 27. August an bekommt er diese Unterlagen schon, und zwar persönlich, oder auch durch die Post zugeschickt. Das macht die Post sogar ohne Porto. Dann muss er die Vorlagen ausfüllen und schickt sie wieder durch die Post ab. Das ist alles - und die Stimme ist nicht verloren!

*

Denken Sie daran, wenn Sie in Urlaub fahren oder zur Arbeit müssen oder wenn Sie krank sind: Sie können auch dann mit dem Wahlschein dafür sorgen, dass die politische Partei Ihre Stimme bekommt, der Sie zustimmen, weil sie doch besser als die anderen dafür arbeitet, dass alle Menschen in unserem Lande ihren gerechten Anteil an dem Erfolg der gemeinsamen Arbeit bekommen und behalten, dass Sie unbesorgt an das Alter denken können und dass Frieden unter den Völkern bleibt, weil man alles vernünftigerweise besprechen kann.